

WEM GEHÖRT DER IRAK?

Christian Wyler (FINO)

Die Corona-Krise hat auch im Irak das öffentliche Leben weitgehend zu erliegen gebracht. Zwar sind die bekannten Fallraten noch niedriger als in Westeuropa oder den USA, doch fürchten viele irakische Experten, dass der Höhepunkt der Pandemie noch bevorsteht. Das Pandemie-Regime hat die Legitimität der irakischen Regierung allerdings kaum stärken können. Kaum werden erste Lockerungsmassnahme ergriffen, flammen die Strassenproteste in den südirakischen Provinzstädten wieder auf. Es geht um nicht mehr oder weniger als die Forderung nach einer Neugestaltung dessen, was «Staat» sein soll und was seine Legitimationsgrundlagen und seine Aufgaben sind.

Das Jahr 2019 war in verschiedenen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens von monatelang andauernden Massendemonstrationen geprägt. Während in Algerien, Libanon oder dem Sudan gegen jahrzehntealte Machtstrukturen protestiert wurde, ist es im Irak ein noch relativ junges politisches System, gegen das sich die Wut der Bevölkerung richtet. Es wurde etabliert, nachdem eine US-amerikanisch angeführte Militärkoalition 2003 die Herrschaft der *Ba`th*-Partei unter Saddam Hussein beendet hatte. Die gestürzte Diktatur sollte durch ein gerechtes politisches System ersetzt werden. Aus amerikanischer Sicht wie auch nach Meinung der irakischen Exilparteien, grösstenteils schiitisch geprägt und aus islamistischen Bewegungen entstanden, war klar, was unter «gerecht» zu verstehen ist: Die schiitische Mehrheit durfte nicht mehr von der sunnitischen Minderheit, der auch Saddam Hussein angehörte, von der Macht ausgeschlossen werden, sondern sollten die ihnen zustehende Macht übernehmen. Die beiden

anderen grossen Bevölkerungsgruppen des Iraks, die Kurden und die Sunniten, sollten zudem an der neuen Regierung beteiligt werden.

Ewiger Kampf zwischen Religionen und Ethnien?

Nicht nur die irakische Geschichte wird oft entlang des Ringens um die Macht zwischen den beiden grossen islamischen Konfessionen Schia und Sunna erzählt, deren Aversion oft bis in die Zeit des Propheten Muhammad zurückprojiziert wird. Die gesamte Region wird oft mit Verweisen auf Konfessionen, Religionen und Ethnien erklärt. Prominent zeigt sich das an der Kritik am Sykes-Picot-Abkommen von 1916, die immer einmal wieder auch in hiesigen Medien auftaucht. Das Geheimabkommen steht exemplarisch für die Grenzziehungen, die europäische Mächte in der Region vorgenommen haben. Wurden damals nicht willkürlich «Linien in den Sand» gezo-

gen? Wurden nicht Völker und Religionen zerschnitten, wurde in Staaten zusammengewungen, was nicht zusammengehörte, und so der Grundstein für Kriege geschaffen, die bis heute andauern? Ungeachtet der damaligen Absichten der europäischen Mächte und der berechtigten Kritik an deren Vorgehen, spiegelt sich in dieser heutigen Interpretation die verbreitete Vorstellung, ein Nationalstaat müsse einer ethnisch und religiös möglichst homogenen «Nation» entsprechen. Ethnische und religiöse Zugehörigkeiten werden damit für das Zusammenleben in einer Gesellschaft stärker gewichtet als beispielweise politische Positionen. Die diesbezügliche Heterogenität der irakischen Bevölkerung wird in dieser Lesart zur Grundlage von Konflikten.

Konfessionalismus als «gerechte Ordnung»

Diese Essentialisierung von Zugehörigkeit prägt sowohl den westlichen Blick auf die Region wie auch denjenigen vieler lokaler Akteure. So kann es nicht überraschen, dass sich die USA und die irakischen Exilparteien darin einig waren, dass sich die neue politische Ordnung im Irak an Zugehörigkeiten zu orientieren habe. Die Grundlage für ein gerechtes politisches System sollte nach dem Sturz Saddam Husseins dementsprechend dadurch geschaffen werden, dass die politische Macht unter den verschiedenen Gruppen gemäss deren Bevölkerungsanteil aufgeteilt und dadurch die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben geschaffen wird. Entsprechend war die konfessionelle bzw. ethnische Zugehörigkeit zentral für die Zusammensetzung der Übergangsregierung nach dem Sturz des *Ba'th*-Regimes und bestimmt bis heute die Struktur der meisten Parteien und Koalitionen. Der Schia sollte als bevölkerungsstärkste Gruppe auch am meisten Macht zukommen. Kurden und Sunniten wurden aber trotzdem an der Regierung beteiligt, um über diese Machtteilung die breite Akzeptanz des Systems zu gewährleisten.

Die gescheiterte Einbindung der Sunna

Die neue Regierung hatte von Beginn weg mit Legitimationsproblemen zu kämpfen. Zum einen gelang es kaum, die sunnitische Bevölkerung in das neue staatliche Gebilde einzugliedern. Anders als im Schema Schia-Sunna-Kurden vorgesehen, verfügten die Sunniten über keine einheitliche, breit akzeptierte Repräsentation (und tun das bis heute nicht), die die Menschen *als Sunniten* hätte vertreten können. Zudem entstand durch die Selbstdefinition der Schia als Opfer des vorherigen Regimes eine Schuldzuschreibung zur Sunna, oder zumindest wurde oft vergessen, dass auch die sunnitische Bevölkerung unter der Diktatur gelitten hatte. Besonders hart wurde die sunnitische Bevölkerung durch die De-Ba'thifizierung getroffen, der Auflösung der Armee und dem Ausschluss von ehemaligen *Ba'th*-Kadern aus dem öffentlichen Leben. Viele Sunniten sahen sich als Verlierer des politischen Wandels, selbst wenn sie nicht von der früheren Diktatur profitiert hatten. Das neue System vertiefte die Spaltung zwischen den Bevölkerungsgruppen; tatsächlich wurde die irakische Sunna erst durch diesen Prozess überhaupt als Konfession mit nationalem Bezugsrahmen konstituiert. Viele empfanden die schiitische Machtübernahme als ungerecht und sich selber als vom System ausgeschlossen. Demgegenüber rechtfertigten schiitische Politikerinnen und Politiker ihren Machtanspruch über den Mehrheitsstatus der Schia in der irakischen Bevölkerung.

Konfessionelle Gewalt und IS

Die konfessionelle Polarisierung nahm in den Jahren nach dem Sturz des alten Regimes zu und eskalierte 2006, nach einem Sprengstoffanschlag auf eine bedeutende schiitische Moschee, zu offener Gewalt zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen. Besonders in Bagdad kam es zu einem regelrechten Bevölkerungs-

austausch, ehemals konfessionell durchmischte Viertel wurden homogenisiert. Gemischtkonfessionelle Ehen, zuvor keine Seltenheit, mussten getrennt werden, Eheleute in unterschiedliche Stadtviertel ziehen. Ein beträchtlicher Teil der Gewalt fand auch innerhalb der Konfessionen statt. Gerade die schiitischen Akteure kämpften mit ihren Milizen untereinander um die Vorherrschaft in den staatlichen Institutionen und um die Repräsentation der Schia insgesamt.

Angesichts dieser Gewalt gewannen Stimmen (auch innerhalb der Schia) zunehmend an Gewicht, die das politische System kritisierten und sich dagegen aussprachen, sich für dessen Strukturierung an konfessioneller Zugehörigkeit zu orientieren. Tatsächlich vermochten Konfessionalismus-kritische Parteien, nachdem die Gewalt 2008 weitgehend beendet werden konnte, die Parlamentswahlen 2010 zu gewinnen. Allein die Regierungsbildung scheiterte, und der schon zuvor amtierende Ministerpräsident Nouri al-Maliki konnte sich in der Folge eine weitere Legislaturperiode sichern. Sein Vorgehen gegen sunnitische Politiker, weitere politische Streitpunkte und die allgemein schwierige Lage in den sunnitisch dominierten Landesteilen führten ab 2011 immer wieder zu Protesten. Deren gewaltsame Niederschlagung stellt rückblickend einen Wendepunkt dar, in dessen Folge sich Teile der sunnitischen Bevölkerung von der Regierung in Bagdad abwandten und stattdessen den Kampfbund «Islamischer Staat» unterstützten. Das Angebot einer alternativen Staatlichkeit machte den IS für viele enttäuschte sunnitische Irakerinnen und Iraker zu einer Alternative. Der Eroberungskampf des IS, der weite Teile des Landes unter seine Kontrolle brachte, und die Rückeroberung dieser Gebiete durch die Armee und die Volksmobilisierungseinheiten Haschd liessen weite Teile des Landes in Gewalt und Zerstörung versinken und vertieften die Gräben zwischen Schiiten und Sunniten zusätzlich.

Auch nach dem militärischen Sieg über den IS gelang es der Regierung in Bagdad nicht, die soziale Integration der Bevölkerung in einer konfessionell definierten Gesellschaft zu gewährleisten. Denn die Parteien, die eigentlich die Interessen der Bevölkerung vertreten sollten, agieren als autonome Gemeinschaften, die sich an den Ressourcen des Staats bereichern. Gemäss *Transparency International* war der Irak 2015 unter den korruptesten Ländern der Welt. Trotz reicher Erdöleinnahmen ist die Infrastruktur in einem katastrophalen Zustand; selbst die Stromversorgung bricht regelmässig zusammen, was für die Industrie wie für die Bevölkerung eine schwere Belastung darstellt.

Zugehörigkeit als Politikersatz

Warum scheitert der Staat bei seinen Versuchen, die soziale Integration sicherzustellen? Die katastrophale Regierungsbilanz hat sicher viel mit Unfähigkeit und Machtgier konkreter politischer Akteure zu tun. Doch auch das politische System selber generiert über die Verteilung von Macht einen Besitzanspruch auf staatliche Ressourcen. Im Zentrum steht dabei die Orientierung an konfessioneller und ethnischer Zugehörigkeit. Dieses System wird oft als Konfessionalismus bezeichnet. Es zeichnet sich dadurch aus, dass mit der Orientierung an den Konfessionen tatsächlich nur diese Zugehörigkeit im eigentlichen Sinne angesprochen wird, also eine Form der Einteilung der Bevölkerung in Gruppen. Auf dieser Basis wird die politische Repräsentation organisiert. Konkrete Differenzen zwischen den Gruppen spielen somit keine Rolle im politischen System; es geht um die Differenzierung an sich, als Grundlage für das Verhältnis von Bevölkerung und Staat.

Da die Zugehörigkeit die politische Partizipation orientiert, wird die Repräsentation der jeweiligen Gruppe zum Selbstzweck; ein darüberhinausgehendes politisches Programm fehlt den irakischen Parteien dagegen

weitgehend. Der Anspruch auf Repräsentation markiert einen Besitzanspruch auf den Staat, und jede Gruppe soll einen entsprechenden Anteil haben. So gehört der Irak, in dieser Logik, den drei grossen Bevölkerungsgruppen, wobei der Schia als Bevölkerungsmehrheit der grösste Anteil zusteht. Politik dient in diesem Staatsverständnis nicht dazu, Gesellschaft zu gestalten, sondern dazu, die unterschiedlichen Besitzansprüche auf den Staat zu organisieren.

«Volk gegen Elite» statt «Schia gegen Sunna»

Oft schon wurde im Irak gegen die Regierung demonstriert in den Jahren seit dem Sturz des Ba'th-Regimes. Doch die Proteste, die das Land seit dem Herbst 2019 erlebt hat, zielen nicht wie früher auf einzelne Politiker oder konkrete politische Handlungen, sondern auf das System selber. Die Hauptgegner sind «die Politiker» insgesamt, die Vorwürfe lauten «Korruption» und «Konfessionalismus» (*ṭā'ifiya*). Dabei orientieren sich die Demonstrierenden nicht an konfessioneller Zugehörigkeit – die Demonstrationen finden vorwiegend in den schiitischen Landesteilen statt, richten sich also gegen die Politikerinnen und Politiker der eigenen Konfession. Die Spaltung wird hier nicht zwischen Schia und Sunna gesehen, sondern zwischen dem System und dem «Volk» (*aš-ša'b*). Die Protestbewegung verzichtet explizit auf einzelne Führungspersonen und lehnt es ab, von Parteien repräsentiert zu werden. Das Vertrauen in die eigene politische Elite ist komplett erodiert. Dementsprechend ist für die Demonstranten bei der von ihnen geforderten Bildung einer Übergangsregierung ein Hauptkriterium, dass darin niemand vertreten sei, der bereits über eine politische Vergangenheit verfüge. Die Wut richtet sich also nicht gegen eine ungenügende Repräsentation der eigenen Gruppe, sondern resultiert aus dem Scheitern des politischen Systems. Daher lehnen die

Demonstranten die Strukturen ab, auf denen dieses System aufbaut. Was als dessen Hauptleistung galt – der Versuch einer Repräsentation der verschiedenen Bevölkerungsteile –, ist aus Sicht der Demonstranten selber zur Grundlage eines Raubzugs der politischen Elite gegenüber der eigenen Bevölkerung geworden.

Technokratie statt Repräsentation

In dieser Logik geht es also nicht um den Besitzanspruch einzelner Gruppen, sondern um den Anspruch des «Volks» insgesamt. Dementsprechend kann das Staatsziel auch nicht Repräsentation sein. Stattdessen lautet die Forderung: Dienstleistung. Die Gerechtigkeit, die die Demonstranten anstreben, bedeutet ihnen denn auch weit mehr als Chancengleichheit und Fairness zwischen Konfessionen und Ethnien: Es geht ihnen darum, dass der Staat endlich seine Funktion als Gestalter einer gerechten Ordnung wahrnimmt und jedem Einzelnen die Chance auf Wohlfahrt und Freiheit eröffnet. Für die Demonstranten ist klar, dass die Zeiten vorbei sind, in denen soziale, ökonomische und politische Privilegien nach konfessionellen Mustern verteilt werden und in denen die Menschen den unsichtbaren Regeln sozialmoralischer Milieus unterworfen waren.

Der Begriff «Volk» erfüllt somit zwei Funktionen gleichermaßen: Erstens überwindet er die Spaltung Schia–Sunna zugunsten einer homogen gedachten nationalen Einheit. Zweitens liefert er die Grundlage für die Kategorie dessen, was nicht Volk ist: die politische Elite und die Verwaltung. Diese werden am Massstab ihrer Arbeit zugunsten des Volkes gemessen; für die aus deren Sicht ungenügende Leistung werden sie von der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Da man der gesamten politischen Kaste diese Leistung nicht mehr zutraut, lautet die dritte, an den Protesten omnipräsente Forderung «Technokratie».

Damit ist gemeint, dass vom politischen Betrieb unabhängige Experten die Regierung bilden sollten, um die anstehenden Aufgaben zu lösen: Infrastruktur aufzubauen und zu unterhalten, Sicherheit zu gewährleisten und die Lebensgrundlagen für Bevölkerung und Wirtschaft sicherzustellen.

Die Gegenüberstellung von Volk und Elite führt somit zu einer homogenen Vorstellung von «Volk». Zudem basiert das Konzept von «Technokratie» auf der Annahme einer rein technischen Umsetzung der jeweiligen Anforderungen an Regierung und Verwaltung. Unterschiedliche Vorstellungen darüber, was das Beste für diese Gesellschaft sei und wie diese gestaltet werden soll, sind dabei nicht vorgesehen. Der Reduktion von Politik auf Repräsentation wird somit die Reduktion auf Verwaltung gegenübergestellt.

Zwei Formen der Zugehörigkeit

Im Unterschied zu den 2011er Protesten in der arabischen Welt gibt es im Irak somit eine fast systemische Rahmung der Proteste, die der Systemkritik der Demonstranten deutliche Grenzen setzt. Auch wenn die konfessionelle Differenz Schia–Sunna zugunsten der Vorstellung eines vereinten «Volks» aufgehoben wird, bleibt die Orientierung an Zugehörigkeit

zur Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft bestehen: der Zugehörigkeit zum homogenen irakischen Volk, vis-à-vis dem «System». Die Demonstranten befeuern somit eine Ordnung nach Zugehörigkeiten, die bereits die konfessionelle Gestalt des Staats bestimmt. Beide Formen, die Bevölkerung zu fassen, gründen in der Orientierung an sozialen Gruppen und vermögen es daher kaum, weitergehende politische Inhalte zu transportieren. Daher ist auch nicht auszumachen, ob sich die Proteste in Richtung einer Stärkung der Zivilgesellschaft entwickeln werden, oder ob aus Sicht des «Volks» stattdessen eine starke Führungsperson über einen [Zivilstaat](#) die Sicherung der Wohlfahrt der Bevölkerung allenfalls am besten garantieren könnte.

Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wird im Irak gegenwärtig anhand der «richtigen» Ordnung der Bevölkerung diskutiert. Ist es die Repräsentation partikularer Zugehörigkeiten, wie im aktuellen System? Oder die Zugehörigkeit zu einem homogen imaginierten Volk, für dessen Wohlergehen eine Expertenregierung verantwortlich ist? Und so wird die Frage «Wem gehört der Irak?» in erster Linie über die Kategorien verhandelt, die herangezogen werden, um das Subjekt dieses Anspruchs überhaupt zu konstituieren.